



Kreis Grevenbroich
+
Gemarkung Norf
Flur 1

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN
siehe Blatt 1

Die in blauer Tinte eingetragene
Änderung erfolgt aufgrund der Ver-
fügung des Regierungspräsidenten
vom 11.7.1967.
Neuß, den 11.7.1967
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May

STADT NEUSS

Bebauungsplan Nr. 120
Ergänzungsplan Nr. 1 Blatt 2

Gemarkung Neuß
Flur 23,24,25,26,29,31
Maßstab 1:1000

Gebäudebestand	
	Wohngebäude
	Wirtschaftsgebäude
	zerstörtes Gebäude
	Abbruch
	überbaubare Grundstücksfläche

Straßenbegrenzungslinien, Baulinien u. Grenzen	
	vorhanden
	geplant
	Kreisgrenze
	Baugrenze
	Flurgrenze
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Art u. Maß der baulichen Nutzung	
	WR 0.4 0.7
	WA 0.3 1.0
	MI 0.4 0.7
	MK 0.6 1.2

Erschließungs- u. Verkehrsflächen	
	öffentliche Verkehrsfläche
	private Verkehrsfläche
	öffentliche Grünfläche
	private Grünfläche
	öffentliche Wasserfläche
	private Wasserfläche

Sonstige Signaturen	
	Regenwasserkanal
	Schmutzwasserkanal
	Höhe über NN
	Garagen
	Stellplätze
	öffentl. Parkplätze

Die in vielerlei Farbe eingetragene Änderung erfolgt aufgrund des Beschlusses vom 11.7.1967.
Neuß, den 11.7.1967
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May

Entworfen: Stadtplanungsamt
I. V.: *May*
Neuß, den 1.12.1965
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May

Es wird bescheinigt, daß die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes richtig und die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist.
Neuß, den 1.12.1965
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May

Dieser Plan ist gemäß § 2 (1) BBauG durch Beschluß des Rates der Stadt Neuß vom 15.12.1965 aufgestellt worden.
Neuß, den 31.1.1967
Der Rat der Stadt
am Auftrage:
May

Nach örtlicher Bekanntmachung am 2.2.1967 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 2 (6) BBauG in der Zeit vom 10.2.1967 bis 10.3.1967 öffentlich ausgeteilt.
Neuß, den 31.3.1967
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May

Der Rat der Stadt Neuß hat diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG i.V. mit § 28 GO NW am 11.7.1967 als Satzung beschlossen.
Neuß, den 12.7.1967
Der Rat der Stadt
am Auftrage:
May

Dieser Plan ist gemäß § 11 BBauG mit Verfügung vom heutigen Tage genehmigt worden.
Düsseldorf, den 11.5.1968
Der Regierungspräsident
am Auftrage:
May

Gemäß § 12 BBauG ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten vom 11.5.1968 sowie die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung am 2.11.1968 erstlich bekannt gemacht worden.
Neuß, den 25.11.1968
Der Oberstadtdirektor
am Auftrage:
May



1. Ausfertigung

STADT NEUSS

Bebauungsplan Nr. 120
Ergänzungsplan Nr. 1 Blatt 3

Gemarkung Neuß
Flur 24.25
Maßstab 1:1000

Gebäudebestand		Straßenbegrenzungslinien, Baulinien u. Grenzen		Art u. Maß der baulichen Nutzung		Erschließungs- u. Verkehrsflächen		Sonstige Signaturen		Die in violetter Farbe eingetragene Änderung erfolgt aufgrund des Ratsbeschlusses vom 11.7.1967	
Wohngebäude	Wirtschaftsgebäude	vorhanden	geplant	Kleinstadtsgebiet	Beispiel: WR (IV) + S g 0.3 10	vorhanden	geplant	vorhanden	geplant	Neuß, den 12.7.1967	Neuß, den 14.5.1968
zerstörtes Gebäude	Abbruch überbaubare Grundstücksfläche	Straßenbegrenzungslinie	Baulinie	reines Wohngebiet	allgemeines Wohngebiet	öffentliche Verkehrsfläche	private Verkehrsfläche	Regenwasserkanal	Schmutzwasserkanal	Neuß, den 11.7.1967	Neuß, den 14.5.1968
Dorfgebiet	Mischgebiet	Baugrenze	vorg. Flurstücksgrenze	Dorfgebiet	Mischgebiet	öffentliche Grünfläche	private Grünfläche	Höhe über NN	Garagen	Neuß, den 11.7.1967	Neuß, den 14.5.1968
Kerngebiet	Sondergebiet	Flurstücksgrenze	Flurstücksgrenze	Kerngebiet	Sondergebiet	öffentliche Wasserfläche	private Wasserfläche	Stellplätze	öffentl. Parkplätze	Neuß, den 11.7.1967	Neuß, den 14.5.1968
Entworfen: Stadtplanungsamt Neuß, den 1.12.1965 I. V.: Der Oberstadtdirektor		Es wird bescheinigt, daß die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes richtig und die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch-eindeutig ist. Neuß, den 1.12.1965 Der Oberstadtdirektor Im Auftrage: Stadtvermessungsamt		Dieser Plan ist gemäß § 2 (1) BBauG durch Beschluß des Rates der Stadt Neuß vom 15.12.1965 aufgestellt worden. Neuß, den 31.1.1967 Der Rat der Stadt Der Oberstadtdirektor		Nach ortsüblicher Bekanntmachung am 2.2.1967 hat dieser Plan mit Begründung gemäß § 2 (6) BBauG in der Zeit vom 12.2.1967 bis 12.3.1967 öffentlich ausliegen. Neuß, den 31.3.1967 Der Oberstadtdirektor		Der Rat der Stadt Neuß hat diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG i.V. mit § 28 GO NW am 11.7.1967 als Satzung beschlossen. Neuß, den 12.7.1967 Der Rat der Stadt Der Oberstadtdirektor		Dieser Plan ist gemäß § 11 BBauG mit Verfügung vom heutigen Tage genehmigt worden. Düsseldorf, den 14.5.1968 Der Regierungspräsident Im Auftrage:	
Angefertigt: Verm.- u. Katasteramt Neuß, den 1.12.1965 I. V.: Der Oberstadtdirektor		Zu diesem Plan gehören Textliche Festsetzungen		Gemäß § 12 BBauG ist die Genehmigung des Regierungspräsidenten vom 11.3.1968 sowie die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit Begründung am 2.11.1968 ortsüblich bekannt gemacht worden. Neuß, den 25.11.1968 Der Oberstadtdirektor							

Textliche Festsetzungen

zum Ergänzungsplan Nr. 1 zum Bebauungsplan Nr. 120

Redaktionelle Anmerkung: Rechtskraft 02.11.1968

1. Art der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung ist im Ergänzungsplan entsprechend den Bestimmungen der §§ 3 und 4 der BauNVO vom 26.06.1962 festgelegt.

Die gemäß § 3 (3) BauNVO für das reine Wohngebiet vorgesehene Ausnahme wird gemäß § 1 (4) derselben Verordnung nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

2. Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung ist durch die Zahl der Vollgeschosse sowie die Grund – und Geschoßflächenzahl (§ 17 BauNVO) im Plan festgelegt. Die dort ausgewiesene Zahl der Vollgeschosse ist einzuhalten, d.h. sie darf weder über – noch unterschritten werden.

3. Baugestaltung

Die Festsetzungen über die Baugestaltung beruhen auf § 9 (2) BBauG und § 4 der 1. DVO zum BBauG sowie § 103 der BauO NW.

Die Außenfronten aller Bauten sind in Ziegelrohbau oder Ziegelverblendung auszuführen. Hellrotes und sandfarbenes Material soll nach Möglichkeit das Gesamtbild bestimmen. Sich dem Bauwerk einordnende andersartige Bauteile können zugelassen werden.

An -, Vor – und Nebenbauten müssen sich einwandfrei dem Hauptbaukörper unterordnen.

Garagen sind nur an den ausgewiesenen Stellen mit Flachdach zu errichten.

Gebäudegruppen, die eine städtebauliche Einheit bilden, sind in der Architektur aufeinander abzustimmen und müssen in der Außengestaltung dasselbe Material erhalten.

4. Festsetzungen über die Bauweise und die Art der baulichen Gestaltung

1. Für die Baugruppen gelten nachstehende Bestimmungen:

Zweigeschossige Wohnbauten

* Satteldach 20°-25° Neigung ohne Aufbauten und ohne Drempel, Bebauungstiefe max. 11,00 m.

Soweit die Bebauungstiefe nicht durch eine hintere Baugrenze festgelegt ist, ist sie von der Baulinie bzw. Baugrenze aus zu messen.

2. Dreigeschossige Wohnbauten

Flachdach, Bebauungstiefe 11,00 m.

3. Sechsgeschossige Wohnbauten

Flachdach, Bebauungstiefe max. 12,50 m.

4. * Eingeschossige Wohnbauten

westlich der Julius-Leber-Straße, beiderseits der Bernhard-Lichtenberg-Straße und zwischen der Straße Am Ziegelofen und der Karl-Goerdeler-Straße.

Flachdach

Innerhalb der Gebäudegruppen müssen die Bebauungstiefen gleich sein. Sie dürfen 11,00 m (ohne Winkelflügel) nicht überschreiten.

5. Eingeschossige Wohnbauten

östlich der Julius-Leber-Straße, Satteldach 30°-35°

Bebauungstiefe: max. 11,00 m

6. Vier- u. Siebengeschossige Wohnbauten

Flachdach, Bebauungstiefe: max. 12,50 m

7. Achtgeschossige Wohnbauten

Flachdach

4a. Dächer

* Es gelten die unter 1-7 festgelegten Neigungen.

Satteldächer sind mit dunklen möglichst tiefgewölbten Pfannen einzudecken; grüne Pfannen sind nicht gestattet.

Traufausbildung benachbarter Gebäude muß einheitlich sein; Trauf- und Firsthöhen müssen gleich sein, Schornsteinköpfe sind in Ziegelrohbau auszuführen und sollen am First oder in Firsthöhe heraustreten. Für drei- und mehrgeschossige Häuser sind Gemeinschaftsantennen vorzusehen.

4b. Außenanlagen

Bauwerke, Gärten, Gemeinschaftsgrünanlagen und freie Landschaft sollen zu einer organischen Einheit zusammenwachsen. Durch die Anordnung der Einfriedigungen soll die städtebauliche Raumbildung unterstrichen werden.

Vorgärten sollen grundsätzlich nur sehr niedrig bepflanzt werden, damit sie – in den Straßenraum einbezogen – eine gewisse Weiträumigkeit ermöglichen und den Blick auf die Gebäude freilassen. Sie sind wenn nicht anders festgelegt, nur mit einem Radwegkantstein zu begrenzen und sparsam zu bepflanzen. Nachbarbegrenzungen innerhalb der Vorgärten sind nicht erlaubt.

Bei dem sechsgeschossigen Mehrfamilienhaus ist die Gartenfläche als offene Grünfläche ohne Einfriedigung zu gestalten.

Für die zwei- und dreigeschossigen Häuser ist, soweit sie an öffentliche Flächen grenzen, ein 0,80 m hoher naturfarbener Waldlattenzaun vorzusehen. Abgrenzungen zwischen den einzelnen Grundstücken sind in Form von 80 cm hohen Maschendrahtzäunen und Bepflanzung vorzunehmen.

* ***Die aufgrund der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 11.03.1968 Aktenzeichen: 34.3-12.08, geänderten Festsetzungen, wurden in den Text eingearbeitet.***